

# Wie sich der Iran-Atomdeal retten lässt

An der Münchner Sicherheitskonferenz wird auch Irans Außenminister Mohammed Javad Zarif teilnehmen.

Neue Akteure sowie ein neues Gesprächsformat könnten den Weg aus der Sackgasse weisen.

M. Finaud, H. Gärtner, B. Kubbig

Der Befund ist brisant: Maßgebliche Unterzeichnerstaaten des Atomabkommens mit dem Iran von 2015 (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) drehen an der Eskalationschraube: die Iraner durch ihre kalkulierten Vertragsverstöße; Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die E3 – vorübergehend – durch ihre höchst riskante Initiative vom Jänner, den im Abkommen vorgesehenen Streitschlichtungsmechanismus in Gang zu setzen. Der Vertrauensschwund zwischen den drei Europäern und Teheran ist überdeutlich; dahin ist ihre glaubwürdige Vermittlerrolle gegenüber den USA genauso wie gesichtswahrende Initiativen mit Blick auf ein vielleicht doch gesprächsbereites Teheran.

Die Erwartungen Irans an die Europäer unter den Bedingungen der Trump-Administration sind strukturell nicht erfüllbar, dass also die E3 im Rahmen des JCPOA-Tauschgeschäfts kaum Wege finden werden, wie Teheran unter Umgehung der US-Sanktionen sein Öl verkaufen kann. Die Europäer versuchten Anfang Februar zu deeskalieren. Sie setzten den Mechanismus, der höchstwahrscheinlich zum UN-Sicherheitsrat und damit zu umfassenden Sanktionen geführt hätte, aus. Dafür lassen die Iraner die Kontrollen und Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde weiterhin uneingeschränkt zu. An diesem Faden hängt das Abkommen derzeit. Beide Seiten haben in den Abgrund geschaut – und sind vor den selbst angedrohten Maßnahmen zurückgeschreckt. Aber sieht so Konfliktmanagement aus? Ein kühl kalkuliertes Vorgehen kann man den E3 nicht zubilligen. Die Korrektur- und Warnfunktion der „Neuen 3“ wäre dringend geboten.

Viel steht auf dem Spiel. Neue Akteure und ein erweitertes Gesprächsformat könnten das Abkommen in seiner Substanz erhalten. Die in Sachen JCPOA unbelasteten Staaten Schweiz, Österreich und Finnland sind erfahre-



Foto: AP / Atomic Energy Organization of Iran

Nach dem Ausstieg der USA 2018 hat sich der Iran schrittweise von den Auflagen des Deals entfernt. Die Grundidee war zwar ein ziviles Atomprogramm, aber ein versperter Weg zu atomarer Bewaffnung.

ne, glaubwürdige und ehrliche Makler. Diese Neuen 3 sind auch Europa, im Falle der Schweiz, die zwischen Washington und Teheran ohnehin die US-Interessen im Iran vertritt, jenseits der EU. Ihre politische Größe liegt in ihrem kleineren Format. Trump wird sie, anders als Berlin, Paris und London, nicht als Konkurrenten wahrnehmen.

## Frische Ideen

Die Neuen 3 sind dabei weder dazu da, die Defizite der drei europäischen JCPOA-Unterzeichner „auszuputzen“ noch eine Nebenaußenpolitik durchzuführen. Den Schwung des neuen EU-Außenbeauftragten Josep Borrell gilt es koordiniert mit frischen Ideen zu bereichern. Alle eint, dass sie verstärkten Anfeindungen aus Washington entgegenstehen. Insgesamt muss die europäische Basis sichtbar gestärkt und erweitert werden. Die Neuen 3 werden nur dann auf offene Ohren stoßen, wenn sie – bei allen offensichtlichen Grenzen – einen erkennbaren Mehrwert zu bieten haben.

Bern, Wien und Helsinki könnten auch als vertrauensbildende und gesichtswahrende Relaisstation zwischen den Unterzeichnern des JCPOA fungieren. Sie könnten zum geeigneten Zeitpunkt gebeten werden, einen Gesprächsrahmen an einem Ort für offizielle Kontakte zwischen

den Hauptkontrahenten bereitzustellen. Diese Funktion, die bei den vorbereitenden vertraulichen Gesprächen des JCPOA 2011 der Oman innehatte, kann in der gegenwärtig vertrackten Lage nicht überschätzt werden.

Für die inhaltliche Erweiterung des Gesprächsformats liegen zwei Themen nahe: Erstens ist das JCPOA mit all seinen beispiellosen Auflagen im Nuklearbereich eine atomwaffenfreie Zone für den Iran. Auf der bevorstehenden Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NPT) in New York im April/Mai 2020 wäre es ein Sprung nach vorn, wenn das JCPOA mithilfe der Iraner zum Modell für die Gespräche über die seit Jahrzehnten ergebnislos angestrebte nuklearwaffenfreie Zone in der gesamten Region würde.

Zweitens könnten die Neuen 3 eine Pionierrolle in der Raketenfrage für einen innovativen Weg einnehmen, der Gesprächsanreize für Teheran enthält, und zwar im Sinne eines Ausgleichs für den von Europa nicht geleisteten Beitrag im Rahmen des JCPOA. Der Iran wird über kurz oder lang allein wegen der Forderungen Washingtons nicht darum herumkommen, seine Raketenprogramme in zukünftige Gespräche einzubeziehen. Die Vorschläge aus Europa lassen aber ein Verständnis für die historisch bedingte

zentrale Rolle der ballistischen Raketen in der Militärstrategie des Iran vermissen. Das Raketenarsenal Teherans kann zudem nicht isoliert von den Kräftekonstellationen und -dynamiken in der Region gesehen werden. Hier kommen über die militärische Präsenz der USA hinaus die Arsenale von Irans Hauptgegnern Saudi-Arabien und Israel ins Spiel.

## Erweitertes Format

Daher liegt es nahe, vom Fokus ausschließlich auf die Kapazitäten des Iran in diesem Bereich abzusehen und einen regionalen Ansatz zu verfolgen, der vor allem die Kapazitäten dieser beiden Hauptgegner einbezieht – und den Kreis der Akteure damit vergrößert (Irans Verbündeter Syrien sollte ebenfalls dazugehören). Damit ist das Gesprächsformat nicht nur thematisch, sondern auch um die wichtigen regionalen Akteure erweitert. Kurzum, neue Akteure und ein neuer Rahmen – nichts sollte unversucht bleiben, um den Atomdeal mit dem Iran zu retten.

MARC FINAUD ist Senior Adviser am Geneva Centre for Security Policy.

HEINZ GÄRTNER ist Lektor an den Universitäten Wien und Krems und politischer Analytiker des International Institute for Peace (IIP) in Wien.

BERND W. KUBBIG war Projektleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main.

## AKTUELLES BUCH

### Ostdeutschland verstehen lernen

Die Feierlichkeiten zum 30. Jubiläum des Mauerfalls sind verklungen, jene zum 30. der Wiedervereinigung sind in Vorbereitung. Nur will hüben wie drüben keine echte Stimmung aufkommen. Viele Wessis blicken angewidert auf die rechtsradikalisierte politische Landschaft im Osten; viele Ossis sehen sich als Deutsche zweiter Klasse. Man versteht einander nicht.

Der Soziologe Steffen Mau hat mit *Lütten Klein* eine sozialwissenschaftliche Bilanz der Transformation der realsozialistischen Gesellschaft vorgelegt, die den Brüchen in der ostdeutschen Gesellschaft nachspürt und so die Verbitterung im Osten verständlicher macht. Der Professor an der Humboldt-Uni Berlin beschreitet dazu einen nicht alltäglichen Weg. Er beschreibt die Entwicklung in der DDR und den neuen Ländern im Gesamten, nimmt aber gleichzeitig das Rostocker Neubauviertel Lütten Klein als Detailbeispiel. Da Mau in den 1970ern in Lütten Klein aufgewachsen ist, entsteht eine Mischung aus Vogel- und Froschperspektive.

Mau gelingt es, ein differenziertes Bild zu zeichnen. Das Leben in der DDR ist nicht nur das dumpfe Vegetieren im grauen „Unrechtsstaat“, sondern zum Beispiel von hoher Wohnzufriedenheit gekennzeichnet. Umgekehrt legt Mau aber auch offen, wie beispielsweise Rassismus oder Bildungsblockade Teil der DDR-Gesellschaft waren. Die Entwicklung nach 1989 sieht Mau kritisch.

Er beschreibt, wie der Versuch der Bürgerbewegung, die Gesellschaft zu demokratisieren, vom Westen rasch in ein nationales Projekt („Wir sind ein Volk“) umgedeutet wurde, wie sich der demografische Umbruch (Schrumpfgesellschaft, Männerüberschuss) auswirkt. Es sind die Defizite im Vereinigungsprozess wie auch das Erbe der DDR gleichermaßen, die zu den bekannten gesellschaftlichen Frakturen und Verwerfungen in Ostdeutschland geführt haben. *Thomas Neuhold*



**Steffen Mau,** „Lütten Klein – Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. € 22,- / 285 Seiten. Suhrkamp, Berlin 2019

## GÜNTER TRAXLER

### Hochrangig vernadert



Es gibt kein richtiges Regieren im falschen. Wenn sich die Grünen dieses Umstandes nicht bald bewusst werden, werden sich

noch größere Teile einer an der Leimrute der Message-Control pickenden Wählerschaft an den absolutistischen Herrschaftsanspruch von Sebastian Kurz und seiner Clique so gewöhnt haben, dass sie als die 14 Prozent des Besten aus zwei Welten gar nicht mehr wahrgenommen werden, weil Teilen im türkisen Programm nicht vorgesehen ist. In der Schmierentragikomödie, in die der Bundeskanzler die kritische

Situation der österreichischen Justiz für seine Zwecke umzufunktionieren trachtet, war der Justizministerin nur noch die Rolle einer Statistin am runden Tisch zugeordnet, wo man sie sich in einer Hauptrolle herbeigesehnt hätte. Da war die Eckigkeit des Tisches ein schwacher Trost.

Was Kurz da bot, sah nach einem Versuch aus, sich eine Richtlinienkompetenz des Kanzlers, die es in Österreich nicht gibt, über die Justiz zu erschleichen, um hochrangig vernaderten Staatsanwälten Ermittlungen in der Casinos-Affäre gegen Parteifreunde zu verleiden. Demnächst ist vielleicht der Gesundheitsminister dran, wenn er Unfug aus der türkis-blauen Periode

von Kurz zu korrigieren beabsichtigt.

Aber vielleicht ist ja alles ganz anders, musste Kurz doch mit 22- (in Worten zweiundzwanzig!) jähriger Verspätung eine rote Justizverschönerung aufdecken, und man kann nur hoffen, es war nicht zu spät. Er musste kommen, sonst hat es ja niemand gewagt! Jetzt kann man nur hoffen, dass der von ihm als Präsident des Verfassungsgerichtshofes vorgeschlagene Kandidat nicht ein Schlaffer aus der Kanzlei von Gabriel Lansky ist. Schon dass er keiner Partei angehört, ist verdächtig, und den Roten ist alles zuzutrauen. Dass Kartellbrüder und Burschenschaftler Richter werden wollen, ist als normaler Lauf der heimatischen Welt

nicht weiter zu hinterfragen, gibt aber Sozialdemokraten noch lange nicht das Recht, unser Gerichtswesen zu unterwandern. Wenn sich ein solcher von Kurz enthüllter Skandal so gar nicht in Personalvertretungswahlen widerspiegelt, zeigt das nur, wie raffiniert die vorgehen. Hoffentlich haben Kurz und sein eiserner Justizbesen Karoline „Das Mascherl“ Edtstadler die Grünen auch gut im Griff, wenn die nun eine Vizepräsidentin des Höchstgerichts nominieren dürfen.

Für die 22-jährige Verspätung kann Kurz nichts. Aber dass er die Krise in der Justiz nicht schon 2017 oder 2018 angesprochen hat – dramatisch war sie schon damals –, lässt doch Zweifel auf-

kommen, ob sein urplötzlich intensives Interesse sich eher aus der Sorge um deren Funktionieren als aus der Sorge um Parteifreunde speist. Traurig, wenn seine Größe nicht einmal dort gewürdigt wird, wo man es erwarten könnte. Von einem „unsensiblen Kanzler“, mehr Parteichef als Kanzler“ sprach Sonntag *Die Presse*. Aber Rehabilitation naht. Wenn er demnächst als Zeuge die beiden hochrangigen Journalisten zu Wort kommen lässt, die ihn von staatsanwaltlichem Amtsmissbrauch informierten – und das tut er ganz gewiss –, wird das sein Triumph. Kann er doch damit nachdrücklich beweisen, dass es keiner grünen Ministerin bedarf, um die Justiz zu retten.